



## Around Europe - Deutsche Ausgabe

Auszüge aus Nr 334 (Juli - August 2011)

### Nein danke! Was nun?

Am 8. Juli 2011 befürwortete der Deutsche Bundesrat offiziell Pläne, die den stufenweisen Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland bis zum Jahr 2022 beinhalten. Ähnliche Anträge für einen längerfristigen Rückzug aus der Atomenergie (bis 2034 ?) wurden beim Schweizer Senat hinterlegt, und in einer Volksentscheid am 13. Juni lehnten italienische Wähler ein atomares Wiederaufleben ab. Insgesamt gesehen, sind diese Entscheidungen ebenso unglaublich wie kühn. Wie aber sehen die Konsequenzen aus

Befürchtungen, dass CO<sup>2</sup>-Emissionen ansteigen, werden laut, da fossile Brennstoffe eingesetzt werden könnten, um Energie-Engpässe auszugleichen. Es stimmt, dass Deutschland - durch die Fukushima-Krise veranlasst, die ältesten Reaktoren abzuschalten - mehr Braunkohle von seinen Nachbarstaaten importiert. Es stimmt aber auch, dass der Handel mit Emissionen teurer geworden ist (um etwa 10%), was die Erzeugung „sauberer Energie“ vorantreiben wird. Es mag noch nicht klar geworden sein, aber eine unmittelbare Folge dieser kühnen Beschlüsse und der Tatsache, dass die EU-Emissionswerte das absolute Maximum erreicht haben, sollen wahrscheinlich die Treibhausgas-Emissionen anderer EU-Mitgliedsstaaten (z.B. England, Spanien und Portugal) bis ungefähr 2020 verringert werden, da sie sich von der Umwelt verschmutzenden und neuerdings teureren Kohle fort entwickeln.

Auch muss festgehalten werden, dass Deutschland in Bezug auf Treibhausgase weiterhin an Langzeitziele gebunden ist. Der Ausstoß soll (verglichen mit Werten von 1990) bis 2010 um 40% und bis 2050 gar um 80% gesenkt werden. Um diese Ziele zu erreichen, muss Deutschland sich weiterhin um einen geringen Energieverbrauch bemühen, in seine erneuerbaren Energien (Wind, Solar und Wasser) investieren und sich den unvermeidlichen Herausforderungen der Bereiche Speicherung und Weitertransport stellen. Dies gilt auch für die Schweiz mit ihren Wasserkraftanlagen, den CO<sup>2</sup>-Steuern und ihrem System des Emissionshandels.

Obwohl Polen am 1. Juli ein Gesetz verabschiedete, das den Bau zweier Atomreaktoren vorsieht, sinkt die weltweite Zahl der Atomkraftwerke stetig. Während der nächsten 20 Jahre werden mehr Reaktoren vom Netz genommen als neu errichtet werden. Vor dem Hintergrund des rekordverdächtig hohen Kohlendioxid Ausstoßes für die Stromerzeugung im vorigen Jahr lohnt es zu betonen, dass mindestens 1000 bis 1500 Kernreaktoren nötig wären, um die CO<sup>2</sup>-Produktion maßgeblich zu reduzieren; (derzeit tragen 436 Reaktoren weltweit 6% zur Energieversorgung der Welt bei).

Ohne Zweifel steht Europa an einem Scheideweg, in dem Analysten eine schädliche Abkehr vom Wirtschaftswachstumsmodell sehen, das Europa zur wohlhabendsten Region der Welt werden ließ. Ein Erfolg in der Zukunft ist jedoch nicht sicher. Entweder misslingt Europa der Übergang in eine kohlenstoffarme und wirklich nachhaltige Gesellschaft, was zum Niedergang führen würde, oder es bewältigt die Klimakrise und erweitert seinen Einfluss, indem es die Zukunft der Weltregierung mitgestaltet. (Eine ähnliche ökonomische Störung zwischen den beiden Kriegen war vermutlich der eigentliche Grund für das Scheitern demokratischer Politik).

Sie ist auf der QCEA website [www.qcea.org](http://www.qcea.org) zu finden

Da dies der Fall ist, schlage ich vor, zwei weitere - vielleicht nicht so offenkundige - Auswirkungen unserer atomreduzierten Zukunft zu bedenken... Die erste: es ist festzustellen, dass Deutschland seit der Katastrophe von Fukushima auch mehr Kernenergie von seinen Nachbarstaaten eingeführt hat. Wie lange wohl werden die Behörden in Deutschland, der Schweiz und Italien die Tatsache hinnehmen, dass sie die Sicherheitsbestimmungen der benachbarten Reaktoren in Frankreich, Tschechien und Slowenien nicht überprüfen können? Derzeit genießen die Staaten nahezu völlige Souveränität, was die atomare Sicherheit betrifft und sind bis heute sehr zögerlich, darüber Auskunft zu erteilen.

Die zweite Folge besteht darin, dass die vorgeschlagenen Lösungskonzepte im Wesentlichen Vorschläge der Energieversorger sind und sich mit dem Energiebedarf und der Ineffizienz beschäftigen. (Deutschland hat angekündigt, seinen Stromverbrauch nur um 10 Prozent senken zu wollen, in etwa das Doppelte der üblichen Einsparung, was schwerlich als ambitioniert angesehen werden kann.) Während es noch Jahre dauern kann bis erneuerbare Energien voll entwickelt sind, können Energieeinsparungen und Effizienzverbesserungen mit den vorhandenen Technologien, mit fachmännischen Knowhow und dem richtigen Finanzierungskonzept schon heute umgesetzt werden. Ohne Zweifel ist dies der schnellste, billigste, wirkungsvollste und sicherste Weg, unsere Emissionen niedrig zu halten, während wir die so dringend benötigte größere Nachhaltigkeit in Aussicht stellen.

Legen wir den Schwerpunkt unserer Bemühungen auf Ineffizienz und Verbraucherverhalten, so stellt die vor uns liegende Energiewende keine so monumentale Herausforderung dar wie die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 nach dem Ende des Kommunismus, obwohl es durchaus Ähnlichkeiten mit der „Wende“ gibt.

**Paul Parrish**

**Übersetzung: Achim Diermeier**